

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jede malige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Montag den 12. d. M. Abends um 10 Uhr kamen die irdischen Ueberreste weiland Ihrer kaiserl. Hoheit der am 9. d. M. zu Brünn verstorbenen Erzherzogin Marie Eleonore, Tochter Sr. kaiserl. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Karl Ferdinand, mittelst Separatzuges in Wien an.

Auf dem Nordbahnhofe wurde die höchste Leiche von dem k. k. Oberzeremonienmeister Landgrafen zu Fürstenberg (in Vertretung des k. k. Ersten Obersthofmeisters) empfangen und hierauf ohne Gepränge in die Kirche zu den P. P. Kapuzinern überbracht, allwo nach vorgenommener Einssegnung die Bestattung in der kaiserlichen Familiengruft erfolgte.

Das Polizeiministerium hat eine bei demselben erledigte Hilfsämter-Direktorstelle dem Hilfsämter-Direktionsadjunkten Moriz Kern, und die hiedurch erledigte Direktions-Adjunktenstelle dem Ministerial-offizial Stanislaus Schanzer verliehen.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 14. Dezember.

Die Stimmung in den deutschen Mittelstaaten bezüglich der Allianz der beiden Großmächte, ist nicht die beste. Die Bergewaltigung des Bundes von Seite Preußens, die Nachgiebigkeit von Seite Oesterreichs hat das Gefühl wachgerufen, als ob es den Kleinen an den Hals gehen und an die Stelle des Bundesrechtes das Recht des Stärkeren treten sollte. Diesem Gefühle macht sogar die amtliche „Baier. Zeitung“ in einem Artikel Lust, der den Titel führt: „Ein goldenes Wort zur rechten Zeit“, und der an Heftigkeit und Schärfe seines Gleichnisses sucht. Der Artikel, an den Ausspruch des Grafen Mensdorff: „Selbsterniedrigung habe noch nie beigetragen zur Erhaltung und Kräftigung eines Staates“, anknüpfend, bespricht das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland und reißt daran folgende Auseinandersetzung:

„Es geht ein Gefühl durch die Mittelstaaten Deutschlands und ihre Bevölkerungen, als seien sie bedroht in ihrer Existenz, als sei der Bund dem Verfall nahe, und theils mit Hoffnung, theils mit Furcht sieht man diesem Ereignisse entgegen. Wer die Geschichte der deutschen Nation im Herzen trägt und auf sie seine Bestrebungen für die Zukunft baut, der wird nicht im Zweifel sein können, die Erhaltung des Bundes zu wünschen, bis eine lebensvollere Gestaltung der gesamten Nation möglich sein wird; er wird aber auch nicht im Zweifel sein, dem Bunde und seinen Gliedern mit dem Grafen Mensdorff zuzurufen, daß sie durch Selbsterniedrigung sich weder erhalten noch kräftigen können. Der Bund ist ein freier Verein Gleichberechtigter und nur durch eigene Schuld seiner Glieder könnte er verwandelt werden in eine Anstalt zur Herrschaft der Mächtigeren über die Uebrigen. Hätte man sich doch vor dem Glauben, den Andrang der Macht durch Konzessionen abzuwehren oder in bestimmten Grenzen halten zu können. Jede Konzession wird vielmehr als Ausfluß der Schwäche betrachtet und zum Grunde einer neuen Anforderung gemacht. Nur fester Widerstand auf dem Boden des Rechtes kann die Unterwerfung abwenden. Zählte man dabei auch nicht ängstlich die Zahl der Bajonnette auf der einen oder der anderen Seite, baue man vielmehr auf die unüberstehliche Macht des Rechtes, vor der zu allen Zeiten selbst diejenigen, die sich durch Rücksichten des Rechtes nicht von Verfolgung ihrer Ziele abhalten ließen, in der Art sich beugen mußten, daß sie Alles aufboten, um wenigstens Scheingründe des Rechtes für ihre unverantwortlichen Thaten aufzufinden.“

Ganz übereinstimmend mit diesen Auslassungen ist die Nachricht, daß Baiern ausgesprochener Maßen die Absicht hat, eine Verathung und eventuell eine Beschlußnahme der nicht großmächtlichen Bundesstaaten in demselben Augenblick zu veranlassen, wo entweder die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen über die schleswig-holstein'sche Angelegenheit eine Wendung nehmen sollten, welche für deren beschleunigte Erledigung keine Hoffnung mehr ließe, oder wo diese Verhandlungen in ein Resultat auslaufen würden, welches als den berechtigten Forderungen Deutschlands und Schleswig-Holsteins entsprechend nicht erachtet werden könnte. Und darin, wird hinzugefügt, hat Baiern sich schon jetzt der vollen Zustimmung Sachsens versichert.

Wir halten nicht viel von der ganzen Sache. Die Mittelstaaten haben noch nie eine ihnen wahrhaft nützliche Politik verfolgt, namentlich war ihre Stellung zu Oesterreich oft eine unbestimmte, schwankende. Das rächt sich jetzt. Wenn sie sich nicht durch inniges Aneinanderschließen und eine gesunde Politik zu einer achtunggebietenden Machtposition emporheben können, werden sie dem aggressiven Preußen nie imponiren und immer mehr und mehr der Hegemonie desselben verfallen.

## 16. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Dezember.

Auf der Ministerbank: Mensdorff, Schmerling, Plener, Lasser, Hein, Frank, Burger, Generalstabs-Auditor Drathschmidt.

Dr. Panlraß (Böhmen) ist eingetroffen und leistet die Angelobung. Das Staatsministerium theilt in einer Zuschrift mit, daß es sowohl in Böhmen als in Mähren bezüglich der Vornahme von Neuwahlen für die im Reichsrathe nicht erschienenen Abgeordneten das Nöthige eingeleitet habe.

Das Handelsministerium legt mittels einer Zuschrift einen Gesetzentwurf bezüglich der Regelung des periodischen Personentransportes zur verfassungsmäßigen Behandlung vor.

Präsident theilt mit, daß der Ausschuss für die siebenbürgischen Eisenbahnen den Grafen Kinsky zu seinem Obmann und den Abg. Steffens und Overt zu Schriftführern gewählt habe. Unter den eingelaufenen Petitionen befindet sich eine von Dr. Rechbauer überreichte Petition des Langiewicz um Aufhebung seiner Inhaftierung und Entlassung in die Schweiz.

Es kommt sodann eine von Cypr und Genossen eingebrachte Interpellation an den Kriegsminister, die militärischen Lieferungen betreffend, zur Verlesung. Die Interpellanten richten an den Minister folgende Fragen:

Die Fragen der Interpellation an den Kriegsminister lauten:

- welche Gründe haben das k. k. Kriegsministerium bewogen, von der Allerh. Anordnung Sr. Majestät ddo. 23. Oktober 1855 gänzlich abweichend, kleinere Unternehmer von der Lieferung der Beschuhung auszuschließen;
- gedenkt das k. k. Kriegsministerium nach Ablauf der dreijährigen Kontrakte und vielleicht noch früher wenigstens theilweise die kleineren Unternehmer unter Aufgabe entsprechender Lieferungsminima abermals mit Arbeiten zu bedenken?

Kriegsminister Ritter v. Frank erklärt, diese Interpellation in einer der nächsten Sitzungen beantworten zu wollen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Panzierung.

Finanzminister v. Plener erwähnt, daß die Regierung bereits in der vorigen Session einen ähnli-

chen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Das Haus beschloß damals, in die Verathung dieses Gesetzes einzugehen, und daß ihm die imperative, präventive Kontrolle als Prinzip zu Grunde gelegt werde. Da das Gesetz in der vorigen Session nicht zur Verhandlung gelangte, legt die Regierung einen neuen Entwurf vor, dem dieses Prinzip zu Grunde liegt.

Steffens beantragte, dieses Gesetz an einen aus den Abtheilungen zu wählenden Ausschuss von 9 Mitgliedern zu weisen (wird angenommen).

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzentwurf, betreffend die Fortsetzung der Steuer-, Stempel- und Gebührenerhöhung.

Berichterstatter Taschek stellt im Namen des Ausschusses den Antrag, diese Fortdauer zu beschließen, da das Finanzgesetz für 1865 bis Ende dieses Monats nicht zu Stande kommen kann, die Fortdauer aber für die Staatsfinanzen nothwendig ist. Doch beantragt der Ausschuss, die Fortdauer nur auf die drei Monate Jänner, Februar, März zu bewilligen, da bis dahin das Finanzgesetz voraussichtlich zu Stande gekommen sein wird. (Die Regierung beantragte bekanntlich die Bewilligung der Fortdauer auf 6 Monate.)

Finanzminister v. Plener: Indem die Regierung die Fortdauer auf 6 Monate beantragte, hatte sie sich den Vorgang im vorigen Jahre vor Augen gehalten, in welchem zuerst die Fortdauer auf 2 und dann auf weitere 4 Monate bewilligt wurde. Ist das Haus aber der Meinung, daß in 3 Monaten das Finanzgesetz zu Stande gekommen sein wird, so hat die Regierung gegen die Bewilligung auf nur 3 Monate nichts einzuwenden.

Das Gesetz wird hierauf nach dem Entwurfe des Finanzausschusses ohne Debatte angenommen und sogleich in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Auf der Tagesordnung steht ferner der Bericht des Ausschusses über den Akt wider Karl Ritter von Rogawski.

Berichterstatter Dr. v. Waser liest den Bericht. Der Ausschuss beantragt, das h. Haus wolle beschließen: „Karl Ritter v. Rogawski habe die persönliche Fähigkeit verloren, Mitglied des Hauses der Abgeordneten des Reichsrathes zu sein.“ Eine Minorität des Ausschusses (Berger, Rechbauer, Schindler) sind diesem Antrage nicht beigetreten.

Als Redner sind eingetragen, gegen den Ausschussantrag: Berger, Simonowicz, Sabil, Schneider, Brinz; für denselben Haxlwanger.

Dr. Berger glaubt, erst wenn der Legalcharakter des Belagerungszustandes nach §. 13 vorliege, könne von einer Kompetenz der Kriegsgerichte die Rede sein. Redner beruft sich auf die Erklärung der Regierung in der Adressdebatte, welche dahin ging, daß die Regierung den Belagerungszustand nicht auf dem Wege des Gesetzes, sondern kraft der Gewalt der Exekutive eingeführt habe. Demzufolge findet Redner, daß die Voraussetzung des Ausschusses falsch wäre, und er glaubt, daß die Angelegenheit noch so wenig geklärt sei, daß sich ein logischer Schluß gar nicht ziehen lasse. Nachdem die Regierung selbst erklärte, sie habe den Belagerungszustand nicht nach §. 13 eingeführt, könne der Ausschuss unmöglich sagen, er sei trotzdem nach §. 13 eingeführt und alles, was geschah, sei legal. Er behalte sich daher vor, im Verlaufe der Debatte einen Antrag zu stellen, den er jetzt noch nicht stelle, um der Debatte keinen Damm zu setzen.

Redner übergeht hierauf zu einer juristischen Deduktion über die Kraft der Militärjurisdiktionsnorm und folgert, daß, wenn der Ausnahmezustand nicht nach §. 13 eingeführt wurde, die Kompetenz der Kriegsgerichte nicht nach den früheren Gesetzen beurtheilt werden könne. Aus den Artikeln 39 und 40 der Theresianischen Halsgerichtsordnung und der §. 9



der Theres. G. D. sucht Redner nachzuweisen, daß die Freisprechung von der Instanz bei den Militärgerichten etwas ganz anderes sei, als die Freisprechung ab instantia nach §. 287 der St.-P.-O. Erstes sei nichts anderes, als eine vorläufige Einstellung der Inquisition und sie könne daher nicht unter dem §. 17 der Wahlordnung subsumirt werden. Aus dem §. 3 letzte Alinea der Geschäftsordnung deduzirt Redner, daß das Mandat eines Abgeordneten so lange gültig sei, als das Haus nicht den Verlust desselben ausgesprochen hat.

Abg. Haslwanger glaubt, der §. 6 der Landesordnung und §. 17 der Landtags-Wahlordnung sprechen ganz klar und es könne keinem Zweifel unterliegen, daß Rogawski, von der Anschuldigung des Hochverraths ab instantia freigesprochen, sein Mandat verloren habe. Auf die Frage übergehend, ob die Einführung des Belagerungszustandes gerecht war oder nicht, sagt Redner, die Anschauung, der Belagerungszustand sei ein innerer Krieg und nur dann vorhanden, wenn die Militärautorität vortritt und die Civilautorität abdiziert, sei nicht richtig. Es gebe einen weiteren Gesichtspunkt und dieser sei der Anspruch des Kaisers, als des obersten Feldherrn. Steht dieser in der ersten Reihe der in den Vordergrund getretenen Militärmacht, dann sei diese Maßregel ein Belagerungszustand, ein Kriegszustand. Solche Verfügungen, wie das Manifest des Kaisers, mit welchem der Belagerungszustand eingeführt wurde, seien nicht nach §. 13 zu rechtfertigen, da dieser Paragraph nur von solchen Angelegenheiten spreche, bei denen die Mitwirkung des Reichsraths notwendig sei, aber an der Militärgewalt habe der Reichsrath keinen Antheil. Früher waren alle Gewalten in Sr. Majestät vereint. Einzelne dieser Gewalten habe der Kaiser mit dem Reichsrathe getheilt, was weiter gehe, sei eine Annäherung, eine solche wäre auch ein Eingriff des Reichsraths in die Rechte des Regenten, als obersten Kriegsherrn. Redner sucht auch nachzuweisen, daß die Retroaktivität der Einführung der Militärgerichtsbarkeit, wie solche im §. 3 der Kundmachung enthalten sei, nicht neu sei und zitiert Artikel 4 des Kundmachungspatentes zur Civil-St.-P.-O., um nachzuweisen, daß sie sogar im Geiste der Civilgesetzgebung sei. Redner findet unter andern auch, daß das Anklageprinzip sich auch im Civilprozeß nicht vorfinde. Schließlich versichert Redner, er halte Rogawski nicht für schuldig, er könne ihn aber auch nicht für unschuldig halten, da drei Instanzen ihn nicht für schuldig hielten, er müsse daher für den Ausschufsantrag stimmen.

Magträglich haben sich als Redner eintragen lassen: Schindler gegen und Pratobevera für den Ausschufsantrag.

Abg. Simonowicz erklärt in dieser Frage die Landtage für allein kompetent und befürchtet von der Annahme des Ausschufsantrages einen Konflikt mit den Landtagen. In das Meritorische der Frage eingehend, findet er der Anforderung des §. 17 der W.-D. nicht entsprochen und stellt schließlich den Antrag: Das Haus wolle beschließen: „Der Abg. Rogawski habe sein Mandat als Reichsraths-Abgeordneter nicht verloren“, sollte dieser Antrag nicht angenommen werden, stellt er in Berücksichtigung der erwähnten Kompetenzfrage den eventuellen Antrag: „es sei an Stelle des kriegsgerichtlich verurtheilten Abg. Rogawski eine Neuwahl vorzunehmen.“

Präsident erklärt den Antrag Simonowicz, als rein negativen, nicht zur Abstimmung bringen zu können.

Abg. Brinz glaubt, dieser Antrag sei nicht eine bloße Negation, denn wenn der Antrag Simonowicz angenommen würde, da wäre für den Präsidenten des Hauses eine Nichtsnur gewonnen.

Präsident erklärt, da sich eine Differenz der Ansicht ergebe, die Unterstützung zur Abstimmung bringen zu wollen. Der Antrag wird unterstützt, der eventuelle bleibt ohne Unterstützung.

Abg. Pratobevera erklärt, es nicht gutheissen zu können, wenn man von einer Nothstandspolitik, von einem inneren Kriege spreche und die geheiligte Person Sr. Majestät in die Debatte ziehe. (Bravo.) Die Rechtfertigung der Regierung nach §. 13 könne zu Allem führen, nur nicht dazu, auszusprechen, daß durch das gesetzlich eingeführte ein geschlossener Zustand geschaffen wurde. Würde man dem beipflichten, was Vorredner sagte, so käme man zu dem Schlusse, daß alle Urtheile der Kriegsgerichte zu annulliren sind, und es würde ein Chaos geschaffen, durch welches das ohnehin unglückliche Land nur noch schwerer getroffen würde. Das Haus müßte das als gesetzlich anerkennen, was gesetzlich verhängt wurde, müßte aber zugleich seinen bisherigen Standpunkt nicht verlassen, um die Rechtfertigung auf Grund des §. 13 zu verlangen. Weil die Verurtheilung ab instantia dem Gefühle eines Jeden widerstrebe, suche man die Rechtsfolgen desselben zu umgehen, dadurch thue man aber der festen Haltung Abbruch. Solange das Gesetz besteht, müsse man es respektiren, er hoffe aber, daß der von so vielen Landtagen ausgesprochene Wunsch nach Abänderung des §. 17 der Wahlord-

nung baldigst befriedigt werde, und die Rechtsfolgen der ab instantia Freisprechungen ganz verschwinden werden. Auch dieser Redner glaubt, daß das Haus durch §. 3 der Geschäftsordnung geradezu aufgefordert sei, sich über die Gültigkeit des Mandats auszusprechen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird nicht angenommen.

Abg. Sadil befürwortet den ersten Antrag des Abg. Simonowicz, denn es lasse sich nicht läugnen, daß die Auslegung des Gesetzes in diesem Falle zweifelhaft sei, und in zweifelhaften Fällen sei es eine Forderung der Humanität, das Gesetz nicht zu Ungunsten des Betreffenden ausulegen.

Abg. Dr. Brinz: Es liege ein Fall vor, wo das Haus mit dem Ausschusse nicht übereinstimmen könne. Es handelt sich nicht um den Erwerb, sondern um den Verlust eines Rechtes, weiters sei der Grund dieses Verlustes die ab instantia Freisprechung ein solcher, der von der neueren Wissenschaft längst gerichtet ist. Er glaubt nicht, daß der Gesetzgeber im §. 17 der Wahlordnung die Verurtheilung durch Kriegsgerichte vor Augen hatte, Beweis dafür, daß der Gesetzgeber genau dieselben Worte brauchte, welche in der Zivilstrafprozeß-Ordnung vorkommen, aber es lasse sich durchaus nicht nachweisen, daß er die Theresiana vor Augen hatte. Würde umgekehrt der Gesetzgeber den Ausdruck des Militärstrafgesetzbuches gebraucht haben, so würde er nicht zweifeln, daß er auch die Verurtheilung nach dem Zivilstrafgesetze gemeint habe, denn in dem Aergeren liege auch das Mildere. Die Ausnahme enthalte auch die Regel. Aber, daß der Gesetzgeber, indem er nur die Regel zitiert, auch die Ausnahme meinte, könne man nicht annehmen. Auf den Bericht übergehend, sucht Redner nachzuweisen, daß der Ausschuss nur durch eine extensive Auslegung zu seinem Beschlusse gelangen konnte, und er halte es nicht für recht, zu einer extensiven Auslegung des Gesetzes zu greifen, um einen Abgeordneten seines Mandates verlustig zu erklären.

Abg. Schindler will die politische Seite der Frage ins Auge fassen: Er begreife wohl die Haltung des Ministers, aber nicht die Majorität des Ausschusses. Wenn man zu dem §. 13 noch die Theorie von dem Belagerungszustande ohne Rechtfertigung hinzufüge, wo bleibe dann die Garantie der Verfassung. Da könnte einmal ein General kommen, der die Verfassung halb rechts und halb links abzuweichen läßt. Wenn man auf die Genesis der Verfassung zurückgeht, so sieht man, das Volk hat sich sie nicht genommen, sie ist ein Geschenk des Kaisers. Aber er erinnere auf ein Wort, das in dem Hause schon einmal ausgesprochen wurde. Eine angenommene Schenkung sei auch ein Vertrag und auch ein solcher gewähre Rechte. — Sich gegen die Argumente Haslwangers wendend, sagt Redner, dieser kämpfe eben nicht mit Argumenten, sondern mit Loyalitätsgründen. Gegen diese könne und wolle er nicht ankämpfen, dieß verbiete ihm die parlamentarische Ehre. — Im weiteren Verlaufe sagt Redner, die Verfassung sei eine ziffermäßige Nothwendigkeit gewesen, und wenn man nochmals den Versuch machen sollte, die Regierung aus Bureautruten und Jesuiten zusammenzusetzen, so würden es abermals die Ziffern sein, welche die Völker befreien würden. Das Haus müsse an den Prinzipien festhalten, die es in der Adresse ausgesprochen. Ein ehrenvoller Untergang gibt Anspruch auf eine ehrenvolle Auferstehung, sagte General Kannewitz. Mit der Hoffnung, daß baldigst ein Gesetz über den Belagerungszustand vorgelegt werden würde, schließt Redner sich der Ansicht Vergers an, daß die Angelegenheit zu vertragen sei.

Abg. Dr. Vergers ergreift nochmals das Wort, um sich gegen Pratobevera zu wenden, welcher für die Annahme des gesetzlichen Bestandes des Belagerungszustandes plaidierte. Wenn das Haus das Mandat Rogawski's als erloschen erklärt, gebe es der Regierung eine Zedemnität, welche diese nach der Adressdebatte gar nicht erwartete. Er stellt schließlich den Antrag: „das Haus wolle beschließen, die Frage, ob Rogawski durch das kriegsgerichtliche Urtheil die persönliche Fähigkeit verloren habe, Mitglied des Abgeordnetenhauses zu sein, werde bis zu jener Zeit vertagt, wo die Regierung die Gründe und Erfolge des über Galizien verhängten Belagerungszustandes im Sinne des §. 13 dargelegt haben werde.“ (Wird unterstützt.)

Abg. Dr. Zyblikiewicz hat sich inzwischen gegen den Ausschufsantrag einschreiben und wieder streichen lassen.

Da Niemand mehr das Wort verlangt, erklärt der Präsident die Debatte als geschlossen.

Berichterstatler Dr. Waser: Er erkenne, daß er eine schwere, bittere Pflicht habe, er wolle sie leidenschaftslos erfüllen. Man sage, vor allem Anderen müsse die Legalität des Belagerungszustandes gerechtfertigt werden. Allein das habe gar keinen Einfluß auf das Schicksal Rogawski. Er zweifle nicht daran, daß die Regierung den Belagerungszustand rechtfertigen werde, dann könne das Haus nur

beschließen, der Belagerungszustand sei gerechtfertigt und seine Folgen legal, oder er wird mißbilligt durch eine Resolution. Wer kann sagen, daß durch den vorliegenden Ausschufsantrag die Regierung eine Zedemnität für die Verhängung des Belagerungszustandes erlange? Die Entscheidung des Hauses kann der Regierung vollen Tadel geben, für die Zukunft kann vorgesorgt werden, man kann von einer Genehmigung den Fortbestand des Belagerungszustandes abhängig machen. (Rufe links: Nein.) Er gestehe, der §. 13 sei in den Verfassungsurkunden ein Unicum, aber wie er gefaßt ist, sieht von einer Genehmigung nichts darin. Nur das Recht der Beurtheilung, nicht die rechtliche Existenz zu kritisiren, stehe dem Hause zu. Er weise auf England hin; dort ist nie der Fall vorgekommen, daß eine Maßregel ungültig erklärt wurde. Auch auf die preussische Verfassung vom Jahre 1849 verweist der Redner. Wenn die Regierung beispielsweise die Buchergesetze suspendiren würde, der Reichsrath mißbilligt es, sind die Geschäfte rückgängig zu machen? Nein. Man kann die Minister anklagen, aber die Geschäfte nicht rückgängig machen. Die formelle Berechtigung zur Verhängung des Belagerungszustandes liegt im §. 13. Der Bestand der Kriegsgerichte ist legal. Er gestehe, daß er es für einen Irrthum halte, wenn die Regierung nicht im Sinne des §. 13 sich rechtfertigen will. Gegen Dr. Haslwanger bemerkt der Berichterstatler, daß die Rückwirkung der Ausnahmsgerichte nirgends angenommen wird und er müsse in dieser Hinsicht einen Tadel gegen die Regierung aussprechen, weil sie diese Rückwirkung angeordnet hat. Viele Landtage hätten für Abänderung des §. 17 L.-W.-D. petirt, allein er existire und sei deshalb maßgebend. Redner protestirt gegen die Ansicht des Abgeordneten aus Tirol, es könne im konstitutionellen Staate noch etwas Absolutismus existiren.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Die Anträge Vergers und Simonowicz werden abgelehnt, dagegen der Ausschufsantrag mit großer Majorität angenommen.

Es wird hierauf die Sitzung geschlossen.  
Nächste Sitzung Donnerstag.

## Oesterreich.

**Graz, 11. Dezember.** Wie die rationellen Landwirthe Steiermarks nach dem Zustandekommen einer Ackerbaukammer streben, so wollen die hiesigen Doktoren der Medizin eine Kammer der Aerzte Steiermarks errichtet sehen, und wenden sich deshalb im Wege der Petition an das Staatsministerium um Konstituierung einer solchen Kammer. Diese hätte die Sanitäts-Angelegenheiten des ganzen Kronlandes zu beraten, und an der Befähigungserklärung zur Ausübung der privaten und öffentlichen ärztlichen Wirksamkeit theilzunehmen.

Aus Pest schreibt man der „G. E.“: In wohlunterrichteten Kreisen wird versichert, daß Deak mit einigen Notabilitäten seiner Partei Verathungen hält über die Präcisirung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten.

**Lemberg, 10. Dezember.** Ueber Verwendung des kaiserlichen Generalkonsuls in Warschau sind, wie die „Lemberger Zeitung“ mittheilt, seitens der kaiserlich russischen Behörden nachstehende österreichische Staatsangehörige begnadigt, und ist ihre straffreie Rückkehr nach Galizien bereits angeordnet worden: 1. Florian Kordys, Ordenspriester aus Krakau, zu Czerniowien festgehalten; 2. Josef Ramrocki aus Basio, in Rußland internirt gewesen; 3. Max Pniower aus Krakau, zur Festungsstrafe in Kasan verurtheilt; 4. Johann Marxen aus Krakau, nach Sibirien verbannt; 5. Paul Pawelski aus Krakau, in Rußland internirt; 6. Johann Pabisch aus Kobila, nach Twer exilirt; 7. Sigmund Tobias Lindner aus Raminshan, nach Sibirien deportirt; 8. Wilhelm Palissa aus Zawadka, in Rußland internirt.

## Ausland.

**Trier, 7. Dezember.** Die „Trier'sche Ztg.“ enthält Folgendes: „Zum dritten oder vierten Mal seit etlichen Wochen wird von Frankreich aus in deutschen Korrespondenzen oder in französischen Blättern selbst von einem Kohlenbecken gesprochen, welches Frankreich auf fremdem Boden erstehen, resp. welches ihm auf fremdem Boden überlassen werden würde. Bezt kürzlich lasen wir wieder im „Journal Asiatique“ vom 27. November: „Es scheint, daß der Plan des Abtretens eines in Deutschland gelegenen Steinkohlenbeckens an Frankreich sehr ernst gemeint ist. Nach Aufschlüssen, welche man für genau halten darf, hat dieser Plan ebensoviel ein großes industrielles Interesse, wie eine gewisse politische Wichtigkeit. Die Gruben, um die es sich handelt, haben eine bedeutende Ausdehnung, ungefähr 40 Kilometer Länge, auf 16 Kilometer Breite (10 Stunden lang und 4 Stunden breit oder 40 Stunden Quadratlänge), das jähr-



liche Produkt wird auf 200 Millionen Zentner geschätzt." Die „Trier'sche Zeitung“ fährt nun fort: „Dieses Kohlenbecken wird uns mit der Zeit so nahe gerückt, daß man daran erspüren könnte, geschweige denn merken, um was es sich handelt. Wir wollen daher auch aufhören zu thun, als ob wir blind und taub wären. Wir wollen laut gestehen: Ja, wir haben's gehört und verstanden! Wie schade, daß man das Becken nicht aufheben und fortzuschaffen kann. Es hängen 40 Quadratstunden daran, 40 Quadratstunden deutschen Bodens! Und es sei am Ende um die 40 Quadratstunden sammt Anhängsel und Randbesatz: aber es wohnen wahrscheinlich auch Menschen darauf, Menschen, die irgend eine Zunge führen und irgend ein Herz auf der linken Seite tragen. Gehen diese Menschen so ohne Weiteres als glebae adscripti, sind sie auch Anhängsel? Und wenn diese Menschen sich gerade als die besten und wärmsten Deutschen, als die entschiedensten Gegner des Franzthums bewiesen hätten?! Um Antwort wird gebeten, und zwar von der Seite, welche uns seit Jahren so viel Antwort gab, ohne daß eine Frage gestellt worden, welche uns über unser Schicksal weit über Wunsch und Verlangen im Voraus beschränkte. Und wollen nicht die Menschen, die zufällig auf jenen 40 Quadratstunden wohnen, auch ein Wörtchen verlauten lassen? Denn daß gerade diese Menschen sich als carbo adscripti betrachten sollten, will uns nach Orts- und Sachkenntnis bis jetzt nicht ein.“

Der „Allgemeinen Ztg.“ wird aus **Malta** geschrieben: „Vor kurzem ereignete sich in Venedig folgender Fall: Ein Schwindler, der sich für einen Priester ausgab, hatte sich das Vertrauen des dortigen Bischofs so sehr zu erschleichen gewußt, daß dieser ihm Gastsfreundschaft gewährte, und während seiner zeitweiligen Abwesenheit ihm sein ganzes Hauswesen anvertraute. Kaum hatte der Bischof seine Reise angetreten, als jener Mensch die Kisten erbrach, das bare Geld und die Kleinodien raubte, und die größeren werthvollen Gegenstände, in vier Kisten verpackt, mit einem österreichischen Trabakel nach Malta schickte. Er selbst entfloß mit einer andern Gelegenheit, über Triest, mit einem schwedischen Paß unter falschem Namen, und kam vorige Woche hier an. Bei der Ankunft des Trabakels wollte er die Kisten übernehmen, allein in der Zwischenzeit hatte das österreichische Konsulat vom Gubernium in Triest durch den Telegraphen den Befehl erhalten, dieselben zu sequestriren. Unter den geraubten Gegenständen befindet sich auch ein sehr werthvolles Gemälde. Die Kisten waren bereits vom Kapitän dem Konsulat übergeben worden, mußten jedoch, wegen Protest des Empfängers, beim Tribunal deponirt werden, da derselbe die Gegenstände als sein rechtmäßiges Eigenthum reklamirt. Wenn der Konsul nicht handgreifliche Beweise liefern kann, daß diese Gegenstände wirklich die in Venedig gestohlenen sind, so wird sie der Dieb triumphirend davonführen. Auf jeden Fall kann ihn der Konsul bloß im Zivilwege und nicht im Kriminalwege belangen.“

Man schreibt aus **Paris**: Der große Zapfenstreich, von welchem Marschall Soult seinerzeit zu reden pflegte, hat auch für das zweite Kaiserthum längst begonnen, und der Kaiser, so wohltaun und jugendlich frisch er auch ist, mag erst an die Krönung seines Werkes denken. Saint Arnaud eröffnete den Reigen auf der Krönung, Espinasse folgte in Italien, dann Felsier in Algier, dann Villant, und nun Mocquard, der Mitbegründer des zweiten Kaiserreiches. Mocquard war nicht bloß ein ergebener Freund des Kaisers, sondern auch sechszehn Jahre lang der vertrauteste Vertraute und der unabhängigeste, muthigste Rathgeber seines Monarchen. Er hatte einen festen Blick, einen scharfen Verstand und die felsenfeste Ueberzeugung, daß man in Frankreich vorsichtig vorgehen müsse, doch immer voran, und wenn zurück, stets mit dem Entschlusse, bei erster Gelegenheit desto rascher wieder voran. Dabei besaß er die bei Franzosen seltene Eigenschaft, daß er mit seiner Person im Hintergrunde zu bleiben und mehr Einfluß zu üben, als zur Schau zu tragen liebte.

**New-York**, 26. November. Die Einwohnerschaft ward gestern Abends durch die Entdeckung eines schändlichen Planes, die Stadt in Asche zu legen, in furchtbare Aufregung versetzt. Zwischen 9 und 10 Uhr brach in acht der größten Gasthäuser, mit denen zwei Theater verbunden sind, und in Varum's Museum, welches zu dieser Zeit von Frauen und Kindern angefüllt war, Feuer aus. Die Verfahrungsweise der Brandstifter war in allen Fällen dieselbe. Unbekannte Individuen mieteten Zimmer in den Hotels, legten Phosphor und andere leicht brennbare Gegenstände unter die Betten oder in das Bettwerk, zündeten sie an und verließen dann, nachdem sie die Thüren der Stuben geschlossen, das Haus. Offenbar sollten die Feuer an allen Orten zugleich ausbrechen, doch blieb aus einer noch nicht erklärten Ursache ein Zwischenraum von einer oder anderthalb Stunden

zwischen dem ersten und dem letzten Versuche. Doch hatten die Brandstifter gerade die schlechteste Wahl getroffen, um ihren Anschlag auszuführen; die in solchen Gebäuden, die stets mit fremden Menschen gefüllt sind, unablässig drohende Feuersgefahr macht besondere Vorsichtsmaßregeln zu einer Bedingung ihrer Existenz, so daß jedes in etwas bedeutende Etablissement der Art seine eigenen Brandsprigen und andere Löschapparate zur Hand hat, und so gelang es denn glücklicher Weise, an allen Stellen des Feuers Herr zu werden, ehe erheblicher Schaden angerichtet war. Die Frage, wer die Verschwörer gewesen seien, — denn das Vorhandensein einer Verschwörung läßt sich nicht anzweifeln — wurde heute Morgens allgemein dahin beantwortet, daß südstaatliche Emigranten die Hand im Spiele gehabt hätten. Es ist bekannt, daß ein Richmonder Blatt vor Kurzem angerathen hat, als Vergeltung für die von General Sheridan im Shenandoathale und von anderen nordstaatlichen Generalen an anderen Orten verübten Barbareien die Städte New-York und Boston in einer stürmischen Nacht an zwanzig Stellen in Brand zu stecken. Es ist möglich, daß Konföderirte hier in New-York nach diesem Rathe gehandelt haben, obwohl es auch nicht unmöglich ist, daß eine Bande von Spitzbuben die Idee aufgegriffen und sie zum bloßen Zwecke der Plünderung auszuführen versucht hat.

## Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

**Laibach**, 15. Dezember.

Zur Feier des achtzigsten Geburtstags Sr. kais. Hoheit des Herrn Erzherzogs Ludwig fand vorgestern ein Diner des löblichen Offizierkorps des hier garnisonirenden Regiments, dessen Inhaber Sr. kais. Hoheit ist, in der Casino-Restaurations-Stadt; Abends war die St. Peterskaserne festlich beleuchtet; Sr. kais. Hoheit, der eben aus Wien hierher zurückgekehrte Herr Erzherzog Ernst genüßte daselbst gegenwärtig zu sein. Die Musik spielte in Gegenwart des Offizierkorps im Hofraum und der Mannschaft wurden einige Begünstigungen zu Theil, unter Anderm wurde allen an diesem Tage kriegsrechtlich Verurtheilten die Strafe erlassen. Die kirchliche Feier findet nächsten Sonntag mit einem Hochamte in der St. Peterskirche Statt.

— Nächsten Freitag wird Mendelssohns „Antigone“ im Redouten-Saale von der philharmonischen Gesellschaft noch einmal, jedoch nur für Vereinsmitglieder aufgeführt.

— Der königl. preuß. Kammer-Virtuose Herr Ferdinand Laub wird nächste Woche hierher kommen und dürfte wahrscheinlich bei dieser Gelegenheit auch ein Concert geben, eine Nachricht, die allen Musikfreunden sehr willkommen sein wird.

— Dinstag am 20. Dezember d. J. findet um halb 6 Uhr Abends die Generalversammlung des Vereins der Aerzte in Krain zu Laibach im Vereinslokale Statt. Das Programm enthält außer den wissenschaftlichen Vorträgen, die Vorlegung des Jahres- und Rechnungsberichtes, die Wahl des Vereinsvorstandes und die Ernennung von Ehrenmitgliedern.

— Gestern starb hier im Spital der älteste Mann in Krain, Namens Maltini, 94 Jahre alt, in Venedig geboren und als Theatermaschinenmeister einst hierher gekommen.

## Wiener Nachrichten.

**Wien**, 14. Dezember.

Der k. k. Hofopernsänger Alois Ander, am 11. d. M. in Bad Wartenberg nach einigen sich rasch wiederholenden Krampfanfällen verschieden, ist zu Liebbitz in Böhmen am 10. August 1821 geboren, Sohn eines armen Schullehrers, und erhielt von Art den ersten Gesangsunterricht. 1841 kam er nach Wien, wo seine Versuche, bei der Hofoper aufgenommen zu werden, an der Schwäche seiner Stimme und an Intriguen scheiterten. Endlich erhielt er eine Stelle beim Magistrat, die er bis 1845 behielt. In diesem Jahre trat er durch ein Zusammentreffen glücklicher Umstände unter Balogh's Direction zum erstenmale als Stradella auf, gefiel und wurde engagirt. Die Brücke zur Verühmtheit baute ihm erst Meyerbeer's „Prophet“, in welchem er die Titelrolle sang. Ander's Stimme besaß, so lange sie nicht gebrochen war, einen eigenthümlichen Reiz. Als er sich in Gefahr sah, die Stimme zu verlieren, verfiel er in eine Gemüthskrankheit, von welcher ihn der Tod befreite. Ander war k. k. Kammerfänger.

— Am 10. d. M. starb hier im 60. Lebensjahre der fürstlich serbische Minister und Senator i. P. Stephan Markovits.

## Vermischte Nachrichten.

Bekanntlich war der Feldmarschall Wrangel, als er noch den Oberbefehl über die Aukarten in

Händen hatte, bei unseren Truppen ebenso beliebt, als ihm seine österreichischen „Kinder“ theuer waren. Es versteht sich daher von selbst, daß es der alte Herr auf dem Rückmarsche unserer Truppen niemals verabsäumte, dieselben bei ihrer Ankunft in Berlin freundlichst zu begrüßen und sich mit Offizieren und Mannschaft leutselig zu unterhalten. So hatte unter Anderem auch ein Gemeiner des Regiments „Hessen“ die Ehre, von Sr. Excellenz angeredet zu werden: „Kennst er mir?“ fragte der Feldmarschall. „Ja wohl, Excellenz! Sie sind unser Vater Wrangel!“ antwortete schnell der pfiffige Oesterreicher. „Ja, das bin ich, mein Sohn!“ erwiderte tief gerührt Vater Wrangel, langte in die Tasche und schenkte dem Manne einen Friedrichsd'or. Aber noch hatte der froh Ueberraschte seinen Dank nicht aussprechen können, als der Marschall abermals in die Tasche langte, die Brieftasche hervorholte, derselben eine Photographie entnahm und selbige, nachdem er auf ihre Rückseite die Worte geschrieben: „Vater Wrangel seinem Sohne“, dem Soldaten gleichfalls einhändigte. — Selbstverständlich war der brave Oberösterreicher über das letztere Geschenk noch zehn Mal mehr erfreut, als über das erstere und drückte dem General seinen Dank mit den Worten aus: „Und wenn mir Einer 100 Goldstücke bieten thät, das Bildl' gäb' i doch nit her!“

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Samburg**, 13. Dezember. (Pr.) Der kaiserliche Fregatten-Kapitän Junk ist als österreichischer, seitens designirtes Mitglied der zu Kopenhagen zusammentretenden Taxations-Kommission über die dänischerseits gemachten Präsen hier eingetroffen.

**Altona**, 12. Dezember. Der Schleswig-holstein'sche Ztg. wird aus Kiel gemeldet: Die Mitglieder der herzoglichen Landesregierung haben bis gestern den von den österreichisch-preussischen Kommissären geforderten Revers nicht eingesandt.

**Bern**, 13. Dezember. Die bairische Regierung antwortete dem Bundesrath: Schon längere Zeit seien Einleitungen für die Regelung der Zoll- und Handelsverhältnisse zwischen dem Zollverein und der Schweiz getroffen, sie sei also bereit zu unterhandeln. Als Verhandlungsort ist Stuttgart vorgeschlagen.

**Paris**, 13. Dezember. (Pr.) Der Kaiser hat den Herrn Isaal Pereire wegen seiner Broschüre „über die Bank“ durch Herrn Rouher beglückwünschen lassen.

**Paris**, 13. Dezember. (Pr.) Das Pöhl findet in seinem Kampfe für den Gallicanismus zahlreichen Beistand in den Reihen der Geistlichkeit selbst. Einem Salongerüchte zufolge wollen Oesterreich und Preußen sich über den künftigen Souverän der Herzogthümer vorerst untereinander verständigen und hierauf dem Bunde bezügliche Vorschläge machen. Aus Turin hört man, der Ministerrath habe am 10. d. M. das Verleugungsgesetz angefertigt, womit die zweijährige Räumungsfrist beginnt.

## Markt- und Geschäftsbericht.

**Laibach**, 14. Dezember. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 4 Wagen mit Heu und Stroh, 26 Wagen und 8 Schiffe mit Holz, und 18 Meizen Erdäpfel.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Megen fl. —. — (Magazins-Preis fl. 3.77); Korn fl. —. — (Magz. Pr. fl. 2.72); Gerste fl. —. — (Magz. Pr. fl. 2.65); Hafer fl. —. — (Magz. Pr. fl. 1.91); Halbfucht fl. —. — (Magz. Pr. fl. 3.15); Heiden fl. —. — (Magz. Pr. fl. 3. —); Hirse fl. —. — (Magz. Pr. fl. 3.05); Kukuruz fl. —. — (Magz. Pr. fl. 3.10); Erdäpfel fl. 1.60 (Magz. Pr. fl. —); Linfen fl. 3.50 (Magz. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4. — (Magz. Pr. fl. —); Bistolen fl. 4. — (Magz. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund fr. 55, Schweinschmalz fr. 40; Speck, frisch fr. 27, detto geräuchert fr. 40; Butter fr. 50; Eier pr. Stück fr. 24; Milch (ordinär) pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 19—21, Kalbfleisch fr. 21, Schweinefleisch fr. 22, Schöpfensfleisch fr. 14; Hühndel pr. Stück fr. 25, Tauben fr. 15; Heu pr. Ztr. fl. 1.10, Stroh fr. 65; Holz, hartes 30“, pr. Klafter fl. 9.50, detto weiches fl. 7.50; Wein (Magz. Pr.) rother und weißer, pr. Eimer von 10 bis 15 fl. (Mit Einrechnung der Verzehrungssteuer.)

## Theater.

Heute Donnerstag: **Die Braut ohne Bräutigam**, oder: **Mädchen! Nehmt euch beim Photographiren in Acht!**

Original-Posse mit Gesang in 3 Aufzügen, von Dr. Wilhelm Turteltaub. Musik von den Herren Josef Schärer und Adolf Müller.

Morgen Freitag: **Geschlossen.**



Öffentliche Schuld.				Geld		Waare		Geld				Waare						
A. des Staates (für 100 fl.)				Geld	Waare	Geld	Waare	Geld	Waare	Geld	Waare	Geld	Waare					
In öherr. Währung . . . zu 5%	66 25	66 35	Steierm., Kärnt. u. Krain, zu 5%	90.—	91.—	Gal. Karl-Ludw.-B. z. 200 fl. C.M.	227.80	228.—	Balfhy	zu 40 fl. C.M.	28.25	28.75	Clay	zu 40 " "	27.25	27.75		
" rückzahlbar . . . "	97.—	97.20	" Schlesien . . . . . " 5 "	92.50	93.—	" Don.-Dampfsch.-Gef. . . . .	450.—	451.—	St. Gencis	" 40 " "	28.25	28.75	Windischgrätz	" 20 " "	16.75	17.25		
" rückzahlbar von 1864 . . .	86.85	86.90	" Ungarn . . . . . " 5 "	73.50	74.—	" Oesterreich. Lloyd in Triest 500 fl.	230.—	232.—	Waldstein	" 20 " "	18.25	18.75	Reglerich	" 10 " "	14.—	14.50		
Silber-Anleihen von 1864 . . .	87.—	87 25	" Temeser-Banat . . . . . " 5 "	72.50	73.—	" Wien, Dampfm.-Akt. 500 fl. d. B.	400.—	410.—	R. f. Hospitalkend	10 " "	12.—	12.25	W e c h s e l.					
Nat.-Anl. mit Zins-Coup. zu 5%	79.80	79 90	" Kroatien und Slavonien " 5 "	74.50	75 50	" Prler Kettenbrücke . . . . .	350.—	355.—	3 Monate.									
" " Apr.-Coup. " 5 "	79 65	79 75	" Galizien . . . . . " 5 "	73.—	73.50	" Böhm. Westbahn zu 200 fl. . .	164.50	165.—										
Metalliques . . . . . " 5 "	70.75	70 85	" Siebenbürgen . . . . . " 5 "	70.75	71 25	" Freixbahn-Akt. in zu 200 fl. C. M.	140 fl. (70%)	Einzahlung 147.—	Pfandbriefe (für 100 fl.)									
" betto mit Rais-Coup. " 5 "	71.—	71 10	" Bukowina . . . . . " 5 "	71 25	71 75				Rationalb. 10jährige v. J.									
" betto " " 4 1/2 "	62 25	62 75	" m. d. Berl.-Cl. 1867 " 5 "	70.20	71 75				" auf 1857 zu 5%	102.—	102.50	Ansbach für 100 fl. südd. W.	98.40	98 60				
Mit Verlosf. v. J. 1839 . . . .	155 25	157 75	" Venetianisches Anl. 1859 " 5 "	—	—				" C. M. ) verlosbare 5 "	93.60	93.90	Frankfurt a. M. 100 fl. betto	98.50	98 60				
" " " " 1854 . . . . .	89.25	89.50	Afrika (pr. Stück.)					Rationalb. auf d. W. verlosb. 5 "	89 20	89.40	Hamburg. für 100 Mark Banco	87.80	88.—					
" " " " 1860 zu 500 fl. . .	93.30	93 30	Nationalbank . . . . .	776.	778.—			Ungarische Boden-Credit-Anstalt	zu 5 1/2 pCt. . . . .	82.25	82.75	London für 10 Pf. Sterling	116 70	116 80				
" " " " 1860 " 100 " . . .	95.50	95.60	Kredit-Anstalt zu 200 fl. d. W.	173.60	173.80								Paris, für 100 Francs . . . .	46.4	46.50			
" " " " 1864 " . . . . .	81.70	81 80	N. d. Gecom.-Gef. z. 500 fl. d. B.	588.—	590.—			Lose (pr. Stück.)					Cours der Geldsorten.					
Como-Rentenich zu 42 L. austr.	19.50	20.—	R. Ferr.-Verb. z. 1000 fl. C. M.	1866.—	1868.—			Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.	zu 100 fl. öst. W.	126.90	127.15	R. Münz-Dufaten 5 fl. 56 kr. 5 fl. 57 Kr						
B. der Kronländer (für 100 fl.)				Staats-Gef. z. 200 fl. C.M.	—			" oder 500 Kr. . . . .	200 80	201.—		Kronen . . . . . " 16 " 5 "	16 " 16 " 10 "					
Grundentlastungs-Obligtionen.				Kais. Alf.-Bahn zu 200 fl. C.M.	133.75	134.—		Kais. Alf.-Bahn zu 200 fl. C.M.	133.75	134.—		Napoleon'scher " 9 " 33 " 9 "	40 " 40 " "					
Nieder-Österreich . . . zu 5%	90.—	90.50	Süd.-nordd. Verb. B. 200 " . . .	118.25	118.75			Don.-Dampfsch.-G. zu 100 fl. C.M.	81.—	84.50		Russ. Imperials " 9 " 63 " 9 "	64 " 64 " "					
Ober-Österreich . . . . . " 5 "	89.85	90.—	Süd. Staats-, lombardisch-venetianisch- und central-italienische	—	—			Stadtgem. Dien. " 40 " d. W.	25.75	26.—		Preussenthaler " 1 " 74 1/2 " 1 "	74 1/2 " 74 1/2 " "					
Salzburg . . . . . " 5 "	90.75	91.—	Gef. 200 fl. d. W. 500 Kr.	237.—	238.—			Eisenb. " 40 " C.M.	104.—	106.—		Silber . . . . . " 116 " 25 " 116 "	50 " 50 " "					
Böhmen . . . . . " 5 "	93.—	93.50						Salm " 40 " " "	31.50	32.—								

zuz. ein halber Bogen Amts- und Intelligenzblatt.